

Zeitschrift: Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2007)
Heft: 5

Artikel: Droht Europa eine Stromlücke?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-640297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Droht Europa eine Stromlücke?

INTERNET

Bericht der französischen Senatskommission:
www.senat.fr/noticerap/2006/r06-357-2-notice.html

Union for the Coordination of Transmission of Electricity (UCTE):
www.ucte.org

Realistische Szenarien erwarten bis 2035 in der Schweiz eine Erhöhung der Nachfrage nach Elektrizität um etwa 20% und ein Defizit von etwa 17 Milliarden Kilowattstunden (kWh), falls nichts unternommen wird. Die drohende Lücke entspricht nahezu der doppelten Jahresproduktion des Kernkraftwerks Leibstadt. Die Gefahr eines Strommangels wird auch auf gesamteuropäischer Ebene immer wieder heraufbeschworen. Was ist davon zu halten?

Nach einer Studie des European Energy Market Observatory, welche Ende 2006 von der französischen Beratungsfirma Capgemini veröffentlicht wurde, sind mehrere europäische Länder von Blackouts bedroht. Die Erklärung dafür sind die enger werdenden Margen der Stromproduzenten, die einer starken Nachfrage begegnen sollten. In Europa ist die durchschnittliche Marge gemäss dem Bericht von 5,8% im Jahr 2004 auf 4,8% im 2005 gefallen. Investitionen in der Höhe von 700 Milliarden Euro wären bis 2030 notwendig, um das Risiko von Stromversorgungslücken in Europa auf ein annehmbares Niveau zu senken.

Im Juni dieses Jahres warnte die französische Senatskommission für die Sicherheit der Stromversorgung vor der Verwundbarkeit der europäischen Elektrizitätsversorgung. In ihrem Bericht mit dem Titel «Stromversorgung: Europa unter Spannung» unterstreicht die Kommission, dass «die Schwäche der Vorbeugungsmechanismen gegen Ungleichgewichte in der EU mit der Zeit zu einem Strommangel führen könnten».

Markttöffnung mitschuldig

Gemäss einem Bericht der Europäischen Kommission vom 13. Juli dieses Jahres stieg der europäische Stromverbrauch im Wohnbereich zwischen 1999 und 2004 um 10,8%. Neben dieser kräftigen Zunahme wird für die drohende Stromlücke ein zweiter Grund genannt: die Öffnung des Strommarktes. In diesem Zusammenhang hält die Studie von Capgemini fest: «Angesichts der Deregulierung des Marktes wollen die Betreiber der Kraftwerke vor allem Marktanteile gewinnen, weshalb sie in erster Linie in neue Kundensegmente statt in neue Infrastrukturen investieren». Die französische Senatskommission schreibt ihrerseits: «Die Feststellung drängt sich auf, dass in den letzten zehn Jahren die Energiepolitik der Gemeinschaft nur das Ziel verfolgte, einen offenen Markt zu schaffen, was der Gewährleistung der Versorgungssicherheit widerspricht.»

Jean-Christophe Füg, der Delegierte des Bundesamtes für Energie für internationale Energiefragen, zeigt sich im Gebrauch des Wortes «Mangel» vorsichtig, wenn er auch den einge-

schränkten Handlungsspielraum bei der Sicherheit der Stromversorgung bestätigt. «In den 90er-Jahren gab es in der Schweiz und grossen Teilen Europas bei der Elektrizitätsproduktion eine Überkapazität. Die abzusehende Markttöffnung und die damit einhergehende verstärkte Konkurrenz haben die Produzenten bewogen, ihre Überkapazitäten abzubauen, um Kosten zu sparen», sagt Füeg. Das sei ein völlig logischer Vorgang. Heute sei die Sicherheitsmarge allerdings auf das Minimum gesunken und es müsse damit begonnen werden, in neue Produktionsstätten zu investieren. «Das geschieht. Die Frage lautet nicht, ob ein Mangel entsteht, falls nichts unternommen wird. Die Frage ist, ob genügend

INVESTITIONEN IN DER HÖHE VON 700 MILLIARDEN EURO WÄREN BIS 2030 NOTWENDIG, UM DAS RISIKO VON STROMVERSORGLINGSLÜCKEN IN EUROPA AUF EIN ANNEHMBARES NIVEAU ZU SENKEN.

unternommen wird, um eine Krisenlage zu vermeiden, und abzuschätzen, ob die Rahmenbedingungen den Investitionen förderlich sind», erklärt Füeg.

Antworten der umliegenden Länder

Auf Anfrage der energiea-Redaktion haben die an die Schweiz grenzenden Länder höchstens ihrer Besorgnis über die Sicherheit der Stromversorgung Ausdruck verliehen, ohne jedoch eine baldige Verknappung wirklich zu befürchten. Österreich erwartet eine jährliche Zunahme des Stromverbrauchs um 2% bis 2016 und gedenkt, den Beitrag der Wasserkraft, aus der bereits 60% der Elektrizitätsproduktion stammt, weiter deutlich zu erhöhen. Innerhalb des Landes sollen Hochspannungsleitungen mit einer Kapazität von 380 kV errichtet werden, damit der Produktionsüberschuss des Nordens in den vergleichsweise weniger begünstigten Süden geleitet werden kann.

In Italien sollten in den nächsten drei bis vier Jahren zusätzliche rund 20000 Megawatt zur Verfügung stehen. Dies entspricht dem Bau von 20 neuen und dem Ausbau von 20 bestehenden Kraftwerken. Damit sollte nach Ansicht der Behörden die 2003 bestehende Lücke in der Stromproduktionskapazität geschlossen werden können. Frankreich stützt sich bei der Aufrechterhaltung seines Versorgungsniveaus auf zwei Instrumente. Vorerst wird alle zwei Jahre eine vorausschauende Bilanz über die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in den kommenden 15 Jahren gezogen. Die neuste solche Bilanz wurde im Juli dieses Jahres veröffentlicht und lässt gemäss den Behörden bis 2012 kein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erkennen. Das zweite Instrument besteht in

der Programmierung der notwendigen Investitionen in die Stromproduktion auf mehrere Jahre hinaus, welche durch die Regierung vorgenommen werden. So kann den Industriellen mitgeteilt werden, welche Investitionsleistungen für das Stromsystem wünschbar wären. Werden die Investitionen nicht getätigt, tritt ein Ausschreibungs-Mechanismus in Kraft.

Energiesparen im Aufwind

Jedes Unglück hat eine gute Seite, sagt ein französisches Sprichwort. Diese Ansicht vertritt ebenfalls BFE-Spezialist Füeg, der auch gleich den Gewinner dieser Lage erkennt: das Energiesparen. «Alles in allem kann eine angekündigte

Verknappung auch gute Seiten haben. Sie kann zur Einführung von Energiesparprogrammen führen», sagt Füeg. Ein Beispiel sei der gravierende Energiemangel, den Brasilien 2001 als Folge einer Dürre erfahren habe. Der gesamte Verbrauch fiel um 7%, jener der Haushalte um 15%. Die Lage machte strukturelle Einsparungen nötig. Sie war derart einschneidend, dass sie zu einem Umdenken führte. So sind denn dank Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz fünf Jahre vergangen, bis der Verbrauch der Haushalte das Niveau vor der Krise wieder erreichte. Auswirkungen sind auch in der Schweiz sichtbar. Um der erwarteten Stromlücke zu begegnen, hat der Bundesrat zu Beginn des Jahres seine Energiepolitik neu ausgerichtet. Sie beruht nun auf vier Säulen: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Grosskraftwerke und internationale Zusammenarbeit. Aufgrund der neuen Strategie hat das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) während des Sommers Aktionspläne ausgearbeitet, die eine Reihe von konkreten Massnahmen zu Gunsten der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien umfassen.

(bum)

Und im Rest der Welt?

Die Bewohner der Industriestaaten sind sich laut dem BFE-Experten Jean-Christophe Füeg nicht bewusst, in welcher schwieriger Lage sich die übrigen Länder befinden. «Mit einer weitgehend stagnierenden Demografie und einem stetigen Wirtschaftswachstum von 1 bis 2% haben wir hier eine vergleichsweise leichte Aufgabe. Wenn es uns dennoch nicht gelingt, unseren Stromverbrauch zu stabilisieren, muss man sich die Probleme vorstellen, die ein Schwellenland wie China mit einer Wachstumsrate von rund 10% zu bewältigen hat», sagt Füeg. Die Zunahme des Stromverbrauchs dieses Landes sei oft noch grösser als das Wirtschaftswachstum und erreiche bis zu 15% im Jahr. In vielen Entwicklungsländern fehlten indes Investitionen. Denn die oft in öffentlichem Besitz befindlichen Gesellschaften würden von ihren Regierungen gezwungen, ihre Elektrizität mit Verlust an Einwohner zu liefern, die nicht in der Lage seien, dafür zu bezahlen. «Die Betreiber der Kraftwerke können demnach nicht investieren, weshalb die Netze zerfallen. In Indien verschwinden bis zu 50% der Elektrizität wegen Diebstahls oder zusammenbrechender Übertragungsnetze», sagt Füeg.